

September 2020

Länderbericht

Regionalprojekt Nordische Länder



© NASA on The Commons / flickr / Public Domain

„We are open for business, but not for sale“ – Grönland will den Klimawandel wirtschaftlich nutzen

Gabriele Baumann

Grönland ist spätestens seit dem Ansinnen des amerikanischen Präsidenten Donald Trump im September letzten Jahres, die größte Insel der Welt mit 2.166.086 qkm zu kaufen („essentially, it is a large real estate deal“), regelmäßig in den Schlagzeilen, wenn es um die Auswirkungen des Klimawandels geht. Der Reichtum an Ressourcen wie Eisenerz, Öl, seltenen Erden, Gold und Mineralien wird seit Jahrzehnten erforscht. Aufgrund der extremen klimatischen Bedingungen sowie der unzureichenden Infrastruktur sind bisher allerdings nur wenige Lagerstätten erschlossen. Über 80% der Fläche Grönlands sind mit Eis bedeckt, besiedelt ist die Insel mit ihren 56.000 Einwohnern vor allem im Südwesten des Landes. Grönland ist administrativ ein Teil des Königreichs Dänemark, genießt allerdings mit der schrittweisen Übertragung von Selbstverwaltungsrechten seit 1979 einen hohen Grad an Autonomie, der ihr seit 2010 auch das alleinige Recht über die Nutzung von Ressourcen des Landes mit Ausnahme von Uran einräumt.

Wirtschaftliche Grundlage der Insel

Als Folge des Klimawandels und der schmelzenden Gletscher auf Grönland steigt nicht nur der Meeresspiegel, auch die Fischbestände verändern sich durch wärmere Wasser. Über die Inuit, die 90% der Bevölkerung ausmachen und seit Jahrhunderten Fischer und Jäger sind, berichten langjährige Bewohner der Insel, dass sie es verstehen würden, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Die Grundlage der Wirtschaft bildet in Grönland nach wie vor die Fischerei, der Export von Fisch und Meeresfrüchten geht größtenteils in die Europäische Union, an zweiter Stelle steht China. Landwirtschaft gibt es auf der Insel praktisch nicht.

Der Abbau von mineralischen Ressourcen sollte – so wünscht es sich die Regierung Grönlands – die eigenen Einnahmen stetig erhöhen und damit die Wirtschaft stärken, auch um dem Ziel der Unabhängigkeit von Dänemark näher zu kommen. Noch zahlt Dänemark jedes Jahr 4.5 Milliarden DKK (ca. 600 Millionen Euro) an Grönland und übernimmt die Hoheit in der Außen- und Sicherheitspolitik, für Justiz und Polizei. Die dänische Königin Margarethe II. ist das offizielle Staatsoberhaupt.

Grönland ist offen für ausländische Investitionen – auch gegenüber China

Um dieses Ziel der Unabhängigkeit zu erreichen, würde Grönland nach Ansicht von Experten 24 wirtschaftlich erfolgreiche Förderstätten benötigen. Wie sieht es daher nun mit den Investitionen konkret aus?

Ein Leuchtturm-Projekt war über viele Jahre die geplante Abbaustätte von Eisenerz ca. 150 km landeinwärts von der Hauptstadt Nuuk entfernt. Begonnen wurde es mit der Vergabe einer Erschließungslizenz an das britische Unternehmen London Mining durch die Regierung Grönlands 2006. Nach vielen Jahren zusätzlicher Erkundungen des Gebiets, öffentlichen Anhörungen der Bevölkerung und Verabschiedung eines Gesetzes durch das grönländische Parlament über flexible Gehälter für ausländische Arbeitskräfte erhielt das Unternehmen 2013 die Lizenz zum Abbau des Eisenerzes. 2014 ging London Mining bankrott und wurde daraufhin von der in Hongkong angesiedelten General Nice Group aufgekauft, welche auch die Lizenz übernahm. Bis heute aber steht das Projekt still, der Preis für Eisenerz und Stahl auf dem Weltmarkt ist derzeit so niedrig, dass es nicht wirtschaftlich ist die Mine mit den enorm hohen Infrastrukturkosten zu betreiben. Regierungsvertreter sagen, das Projekt sei jetzt „tot“.

Auch wenn es riesige Offshore-Ölvorkommen in Grönland gibt, so wurde das bisher einzige und in diesem Fall von einem chinesischen Investor geplante Projekt zur Ölförderung im Fjord von Nuuk ebenfalls aufgegeben, da zu teuer.

Schwierig in der Umsetzung ist auch das australische Projekt in Kvanefjeld im Süden der Insel, mit einem 11%igen chinesischen Anteil. Hierbei geht es um die Förderung von seltenen Erden, die unter anderem für Elektromotoren benötigt werden. Der Prozess der Erschließung, Lizenzvergaben, parlamentarischen Beschlüsse und Anhörungen der Bevölkerung dauert bereits 8 Jahre an, nun steht noch die Genehmigung des dänischen Folketings in Kopenhagen aus. Diese ist erforderlich, da beim Abbau der Mineralien auch Uran als Nebenprodukt gefördert wird. Regierungsvertreter waren Anfang September zuversichtlich, die Genehmigung zu bekommen. Danach müssten allerdings noch Investoren gesucht werden, um die Infrastruktur zum Abbau der seltenen Erden zu finanzieren.

Erfolgreich ist das Projekt eines australischen Investors im Norden des Landes zum Abbau von schwarzem Sand sowie das eines norwegischen Unternehmens bei Nuuk, das Rubine und Saphire schürft. Eine kanadische Firma hat dagegen ihre Goldproduktion seit 2013 stillgelegt.

Das Schmelzen der Gletscher in Grönland führt also mitnichten dazu, dass die Zugänglichkeit für den Abbau von Ressourcen deutlich erleichtert und die Wirtschaftlichkeit erhöht wird. Auch lassen sich die Entscheidungsprozesse der grönländischen Institutionen sowie der Investoren nicht verkürzen.

Amerikanische Investitionen gibt es in Grönland bisher nicht, daher mutete das Angebot von Donald Trump umso merkwürdiger für die Betroffenen an. Aber auch Länder der EU halten sich derweil mit Investitionen zurück.

Politisches System und Unabhängigkeitsfrage

In Grönland regiert unter dem Ministerpräsidenten Kim Kielsen von der sozialdemokratischen Siumut-Partei seit 2018 eine Koalition aus 4 Parteien. 6 von 7 Parteien im Parlament treten mit unterschiedlicher Intensität für die Unabhängigkeit der Insel von Dänemark ein, 6 von 7 bezeichnen sich als sozialdemokratisch oder sozialistisch. Ideologische Unterschiede sind dabei kaum auszumachen. Bemerkenswert ist, dass sich die Parteienlandschaft im Inatsisartut, dem grönländischen Parlament, absolut nicht mit der im dänischen Folketing spiegelt.

Nach neuesten Umfragen wünschen sich 80% der Bevölkerung Grönlands die Unabhängigkeit. De facto unternimmt allerdings laut der Bevollmächtigten des dänischen Königreichs in Nuuk die grönländische Regierung keine Schritte, um die Anforderungen an die Erlangung der Unabhängigkeit zu erfüllen.

Internationale Ausrichtung nach Nordeuropa

Von 1973 bis 1985 war Grönland Mitglied der Europäischen Union, trat aufgrund des Streits um Fischereirechte aber wieder aus. Seitdem werden mit der EU alle 7 Jahre neue Abkommen über Fangquoten etc. geschlossen. Die EU zahlt über denselben Zeitraum 225 Millionen Euro für Bildungsprogramme an Grönland.

Mit Dänemark ist Grönland Mitglied der NATO, auch wenn es keine eigenen Truppen stellt. Zwei U.S.-Stützpunkte beherbergt die Insel bereits seit den 1940er Jahren. Daneben zeigt das dänische Arctic Command Präsenz. Man vermeide die Bezeichnung dieser Kontingente als NATO-Truppen, so Grönlands stellvertretender Außenminister, um Russland nicht zu provozieren.

Auch wenn Grönland geographisch mit dem nordamerikanischen Kontinent verbunden ist, richtet es sich wirtschaftlich und außenpolitisch auf eine Zusammenarbeit mit den Nordischen Ländern in Nordeuropa aus. Grönland ist Mitglied im Nordischen Rat, Bürger dieser 7 Länder und autonomen Gebiete erhalten problemlos ein Aufenthaltsrecht. Die einzigen internationalen Flugziele von Grönland aus sind Kopenhagen und Reykjavik. Weder die USA noch Kanada werden angefliegen.

Fazit

Grönland verfügt über wertvolle Rohstoffe, die Möglichkeiten sie zu fördern sind allerdings aufgrund der klimatischen Bedingungen und vielerorts fehlender Infrastruktur begrenzt. Auch dauern Genehmigungsprozesse in Grönland lange und müssen bei sensiblen Rohstoffen wie Uran noch von Dänemark verabschiedet werden. Grönland hat ein großes Interesse an Investitionen und sperrt sich auch nicht gegenüber China. Der Klimawandel wird trotz einiger Veränderungen für die Fischerei auch als große Chance für die Wirtschaft gesehen, gleichermaßen für die Schifffahrt und die Förderung von Ressourcen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Gabriele Baumann
Leiterin des Regionalprojekt Nordische Länder
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/de/web/nordische

gabriele.baumann@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)